

Matthias Jena
Vorsitzender des DGB Bayern

**GERECHTIGKEIT IST ETWAS ANDERES –
WIR BRAUCHEN EINEN KURSWECHSEL!**

Rede am 13. November 2010 in Nürnberg

Es gilt das gesprochene Wort

Herzlich willkommen hier in Nürnberg liebe Kolleginnen und Kollegen,
Merhaba,
Buongiorno,
Jassas,

hier steht zusammen, was zusammen gehört: Arbeiter und Angestellte, Beamte und Arbeitslose, SchülerInnen und Rentner, Franken und Altbayern, Männer und Frauen, Alte und Junge.

Wir stehen hier gemeinsam und miteinander, weil wir ein Ziel haben: Wir wollen eine andere, wir wollen eine bessere Gesellschaft. Wir wollen Arbeit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Finanzjongleure und Spekulanten, Kredithaie und Zocker haben die Weltwirtschaft mit Vollgas vor die Wand gefahren. Hunderte von Milliarden Euro wurden in die Rettung maroder Banken gepumpt. Die Zeche für diese Geldjongleure zahlen wir alle, die Steuerzahler.

Vor unsere Tür hat die Bundesregierung ein Sparpaket gestellt. Dieses Paket enthält Belastungen für die Mehrheit und Schonung für die Geldigen. Und deshalb: Annahme verweigert, Paket zurück an Absender.

Während bei den Beschäftigten, Arbeitslosen und sozial Schwachen knallhart gespart wird, sind die Belastungen für die Wirtschaft windelweich. Auf geradezu lächerliche 2 Milliarden Euro summiert sich die sogenannte Bankenabgabe, das ist keine Bankenabgabe, das ist eine Lachnummer aus dem Land von Liliput.

Dieses einseitige Sparpaket ist selbst manchen Unternehmern und Reichen so peinlich, dass sie höhere Steuern fordern. Wir stimmen zu, denn: Gerecht geht anders!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
als Bundeskanzlerin Merkel das Sparpaket der Öffentlichkeit präsentiert hat, ist ihr eine besonders originelle Begründung dafür eingefallen:
„Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.“ Darf man mal dezent fragen: Wer ist eigentlich **wir**? Wo herrschen denn Saus und Braus?
Bei den Älteren, deren Rente kaum zum Leben reicht? Bei Niedriglohnjobbern die kaum über die Runden kommen?

Oder in den Häusern des Finanzkapitals, bei den Banken und Fondsverwalter?

Die haben die Party gefeiert und jetzt ist Zahltag! Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt, sondern wir werden unter unseren Verhältnissen regiert!

Und komme uns niemand mehr mit dem Satz: Man muss die Bedingungen der Wirtschaft verbessern. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen steigen, die Bruttolöhne sinken.

Auch wir wollen umverteilen, aber andersherum: von oben nach unten:

Wir fordern eine Finanztransaktionssteuer.

Wir fordern die Anhebung des Spitzensteuersatzes

und die Abschaffung der Abgeltungssteuer.

Wir fordern eine Vermögensabgabe.

und eine vernünftige Erbschaftssteuer.

Wir fordern eine konsequente Bekämpfung der Steuerflucht und einen energischen Steuervollzug.

Das bringt zusammen über 70 Milliarden Euro.

Es gibt Alternativen. Man muss sie nur wollen. So stellen wir uns Gerechtigkeit vor!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mit Ausweitung der Kurzarbeit, mit Umweltprämie und Bankbürgschaften ist es in der Krise gelungen einen Flächenbrand zu verhindern. Viele dieser Maßnahmen wurden von den Gewerkschaften vorgeschlagen.

Das war auch notwendig, das war gute und erfolgreiche Krisenintervention. Wenn es an allen Ecken und Enden brennt, dann muss gelöscht werden, auch wenn es sich um Brandstiftung handelt.

Aber jetzt ist es Zeit, dass endlich die Brandstifter zur Verantwortung gezogen werden.

Es war doch klug, dass die Menschen nicht sofort entlassen wurden. Jetzt, wo die Konjunktur anzieht, kann die Produktion schnell wieder hochgefahren werden.

Kurzarbeit und Kündigungsschutz waren die stabilen Anker in der Krise.

Ich weiß, man sagt: Undank ist der Weltenlohn.

Aber was die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft jetzt fordert, ist kein Undank, sondern eine Frechheit. Die Arbeitgeber wollen ein „modernes Kündigungsrecht“, was nichts anderes heißt als Schleifen des Kündigungsschutzes. Sie wollen eine Ausdehnung der Befristung, und noch mehr Leiharbeit und noch mehr schlecht bezahlte Jobs. Deshalb haben wir auch den Protest in die Betriebe getragen. Denn dort gehört er hin. Die Arbeitgeber profitieren von der Politik der Bundesregierung. Aber zu unseren Lasten geht sie!

Anrede,

Land auf Land ab wird euphorisch verkündet, in Deutschland gäbe es einen XXL-Aufschwung.

Natürlich ist es gut, wenn mehr Arbeitsplätze entstehen.

Aber bei aller Euphorie, dürfen wir nicht vergessen:

Allein in Bayern suchen noch fast eine Halbe Millionen Menschen einen Arbeitsplatz.

Das sind Menschen, die arbeiten wollen. Sie muss man qualifizieren und ihnen eine Chance geben. Die Unternehmen sollen endlich ihre Hausaufgaben machen: Sichere Arbeitsplätze schaffen, Jugendliche ausbilden und übernehmen und die Beschäftigten weiterqualifizieren.

Mehr als die Hälfte der neuen Jobs sind Leiharbeit. Immer mehr Menschen werden in Teilzeit gedrängt. Befristete Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Minijobs sind keine Perspektive.

Das Prinzip des „Billigen Jakob“ hat sich im Arbeitsmarkt festgesetzt. Arbeitskosten runter, Gewinne hoch. Das ist die Losung der letzten Jahre. Die Konsequenz: Knapp 1,5 Millionen

Menschen beziehen schon jetzt aufstockendes Arbeitslosengeld. Mit anderen Worten: Die Arbeitgeber lassen sich ihre miese Bezahlung auch noch vom Steuerzahler subventionieren.

Wir wollen Arbeit, von der man leben kann. Sonst verliert sie nämlich ihren Sinn. Wir wollen gute Arbeit mit einem guten Einkommen. Wir wollen Sicherheit, um das Leben planen zu können.

Dazu gehört gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen, für Leiharbeiter und Stammbeschaft.

Ach, und im Übrigen, Herr Bundeswirtschaftsminister: Super, dass Sie für die Beschäftigten mehr Lohn und Gehalt fordern. Wir werden Sie daran erinnern, wenn die Gehaltsrunde im öffentlichen Dienst ansteht.

Aber wie wäre es, Herr Brüderle, wenn Sie schon mal anfangen: Stoppen Sie endlich den skandalösen Missbrauch der Leiharbeit, hören Sie endlich auf Mindestlöhne, zu blockieren. Da hätten viele Menschen was davon. Niedriglöhne sind Mist und gehören weg!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit hält gesund. Schlechte Arbeit, Druck und Stress, Arbeit ohne Zeitgrenzen machen krank. Deshalb lassen wir nicht zu, dass sich die Arbeitgeber aus der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung davonschleichen. Das Verursacherprinzip muss überall gelten!

Aber geschröpft werden nur die Versicherten. Das hat Schwarz-Gelb gestern im Bundestag beschlossen. Diese Bundesregierung hat den Arbeitgeberbeitrag eingefroren und gleichzeitig die zusätzliche Kopfpauschale für die Versicherten erfunden. Mit der Kopfpauschale blechen nur noch die Arbeitnehmer für jeden einzelnen Euro, den das Gesundheitssystem teurer wird.

Und dass die Kosten im Gesundheitswesen weiter steigen, ist sicher. So sicher wie das Dauer-Grinsen von Bundesgesundheitsministers Rösler beim Verkünden seiner gesundheitspolitischen Grausamkeiten!

Die Parteien dieser Regierung sind angetreten mit dem Versprechen „mehr Netto vom Brutto“. In Wirklichkeit vergeht keine Woche, in der Westerwelle, Schäuble, Rösler und Co

nicht darüber nachdenken, wie sie den Bürgern noch mehr Geld aus Tasche ziehen können. „Mehr Netto vom Brutto“ - das ist die größte Wahllüge in der Geschichte der Bundesrepublik!

Kopfpauschale – das heißt: Wer weniger Lohn bekommt, zahlt künftig mehr vom ganzen Batzen. Egal ob Lagerarbeiter oder Prokurist – die Pauschale ist immer die gleiche.

Die Gutverdienenden, die bisher noch freiwillig gesetzlich krankenversichert sind, werden in die Privatversicherung flüchten. Und: Mit den Vorkassepatienten macht Rösler, dieser Schutzheilige der Ärztelobby, aus dem Zweiklassensystem im Gesundheitswesen jetzt ein Drei-Klassensystem.

Wir zahlen immer mehr ins Gesundheitssystem, bekommen dafür aber immer weniger.

Die Hausärzte und Zahnärzte kriegen den Hals nicht voll, schließen ihre Praxen und sperren die Patienten aus.

Die Qualität der Versorgung in den Krankenhäusern und Praxen leidet, weil auch dort immer mehr schlechte Arbeit einzieht. Wenn wir krank sind, wenn wir ins Krankenhaus müssen, dann wollen wir als Mensch und Patient behandelt und nicht als „Fall“ abgewickelt werden, Dann wollen wir dort nicht von angelernten Hilfskräften versorgt werden, sondern von qualifizierten Krankenschwestern und -pflegern, die für gute Arbeit auch anständig bezahlt werden. Da muss das Geld hinfließen!

Bei den Kassen bedeutet die Deckelung der Verwaltungskosten: weniger Personal und überlastete Beschäftigte. Das trifft wieder die Versicherten: weniger Service, weniger Beratung, weniger Betreuung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schlechte Arbeit hat noch eine Auswirkung auf das Gesundheitssystem: Wenn immer mehr Menschen für Niedriglöhne und in Mini-Jobs arbeiten, wenn der Missbrauch der Leiharbeit zunimmt und wenn immer mehr junge Menschen als Generation Praktikum ohne Bezahlung schufteten müssen - dann fehlen die Einnahmen.

Schlechte Arbeit macht den Menschen kaputt und das Gesundheitssystem arm!

Das ist unsozial, das ist ungerecht. Das ist ein Frontalangriff auf die soziale Krankenversicherung!

Brüllend hat der bayerische CSU-Löwe die FDP wegen der Kopfpauschale als gesundheitspolitische Gurkentruppe beschimpft. Dann haben wir nichts mehr gehört von Seehofer und Söder. Und seit gestern wissen wir: Der brüllende Löwe ist zum Bettvorleger geworden: platt und kopflos.

Herr Seehofer, Sie haben Ihr Wort nicht gehalten! Sie haben Ihr Versprechen gegenüber den Versicherten und den Arbeitnehmern gebrochen!

Es gibt gute Konzepte für eine finanziell nachhaltige und solidarische Reform des Gesundheitssystems. Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Auch die Reichen und Besserverdienenden, und auch Beamte, Politiker und Selbstständige. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen.

Das ist Solidarität! Das ist Gerechtigkeit! Und wir werden so lange keine Ruhe geben, bis wir sie haben, die Bürgerversicherung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Seehofer hat Recht, wenn er die Rente mit 67 kritisiert, weil es in den Unternehmen viel zu wenige ältere Arbeitnehmer gibt. Zum einen weil die Beschäftigten nicht mehr können, zum anderen weil sie systematisch rausgedrängt werden.

Einstieg für die Jungen, fairer Altersausstieg für die Älteren. Das ist ein Gebot der Solidarität. Die Rente mit 67 ist nichts anderes als ein Rentenkürzungsprogramm! Und ein Programm zur Förderung der Altersarmut. Und deshalb bleibt es dabei: Die Rente mit 67 muss weg!

Und: wer Ältere rausdrängt und Junge nicht ausbildet, der soll nicht vom Fachkräftemangel schwafeln!

Den Fachkräftemangel gibt es nur an einer einzigen Stelle: in der Bundesregierung. Aber dort fehlen besonders viele Fachkräften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Auch in Bayern hat die Regierung ein Sparpaket auf den Weg gebracht.

CSU und FDP sparen auch in Bayern auf dem Rücken der Beschäftigten. Keine Erhöhung der Beamtenbesoldung. Das mag ja für manchen Spitzenbeamten kein Problem sein, aber für den Großteil der Beschäftigten im unteren und mittleren Dienst ist jeder Euro der fehlt, schlicht ein Verlust. Wir brauchen eine Stärkung der Binnenkonjunktur. Dazu gehört: mehr Geld im Geldbeutel bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Es bleibt das Geheimnis der bayerischen Staatsregierung, wie sie künftig Lehrerinnen und Lehrer finden will, wenn das Eingangsgehalt gekürzt wird. Es bleibt dabei: Wir brauchen einen Kurswechsel. Auch in Bayern!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Seit Jahren beschließen Bundes- und Landesregierungen aller Couleur munter und bezahlen dürfen dann die Kommunen. Das ist nichts anderes, als staatlich organisierte Raubzüge durch kommunale Kassen.

Eins der ersten Gesetze, das die schwarz-gelbe Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, ist das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Das bedeutet allein für die bayerischen Städte und Gemeinden ein Minus von mehreren hundert Millionen Euro. Dabei brauchen wir lebensfähige, gut ausgestattete Gemeinden.

Denn die Stadt, der Landkreis, die Gemeinde ist Gemeinsamkeit,

ist erlebtes Zusammenleben,

ist Daseinsvorsorge.

Die Kommune ist der Ort, an dem die Menschen die Demokratie ganz direkt erleben.

Die Lasten dieser Politik zahlen die Bürger vor Ort. Durch geschlossene Bibliotheken, verödete Sportanlagen oder Privatisierung von Leistungen.

Wir wissen ja längst, was das Kürzel FDP in Wirklichkeit bedeutet. FDP, das heißt: Freunde der Privatisierung. Aber jede Privatisierung bedeutet, dass den Menschen noch mehr Geld aus der Tasche gezogen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dies ist, sagt die Bundeskanzlerin, der „Herbst der Entscheidungen“. Auch deshalb stehen wir heute hier. **Wir** haben uns entschieden für Arbeit, für Solidarität, für Gerechtigkeit. Wir wissen, dass wir damit die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns haben.

Zugunsten einer kleinen Clique, die direkten Zugang zum Kanzleramt hat, verletzt diese Bundesregierung schamlos die Interessen der Mehrheit.

Wir wollen keine Rente mit 67, wir wollen keinen Missbrauch der Leiharbeit. Wir fordern einen Mindestlohn, wir wollen eine solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems und wir wollen gute Bildung und Ausbildung für alle.

Wir wollen einen Sozialstaat der diesen Namen auch verdient. Demokratie und Sozialstaat gehören zwingend zusammen.

Dafür streiten wir gemeinsam. Heute und über diesen Tag hinaus. Mit euch allen und noch vielen anderen. Hier in Nürnberg und gleichzeitig in Erfurt, Dortmund und Stuttgart.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Hier in Nürnberg sind wir XX. XXX

XX.XXX die unmissverständlich deutlich machen, was wir von dieser unsozialen Politik halten: Nichts! Überhaupt nichts! Wir zeigen: es gibt Alternativen und für die kämpfen wir. So lange, bis wir unsere Ziele erreicht haben. Denn: Gerechtigkeit ist etwas Anderes – wir brauchen einen Kurswechsel!